

Wiesbadener Tagblatt.

Berlag Langgasse 21
Tagblatthaus.

Später-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatthaus' Nr. 6550-55.
Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleglohn, M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Beleglohn. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstellen, Bismarckstr. 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Weidach; die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 40 Pfg. für örtliche Anzeigen; 60 Pfg. für auswärtige Anzeigen; M. 2.— für örtliche Reklamen; M. 3.25 für auswärtige Reklamen. — Bei wiederholter Aufnahme unverändert Anzeigen entfallender Nachsch. — Anzeigen-Aufnahme: Für beide Ausgaben bis 10 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lühow 6202 und 6203.

Samstag, 12. Juli 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 306. • 67. Jahrgang.

Wie kommen wir über den Staatsbankrott hinweg.

Währung und Finanzwirtschaft.

Von Oskar Wassermann, Direktor der Deutschen Bank.

Vielmehr wird die Ansicht vertreten, daß wir über unsere Finanzkolossalität nur durch einen Staatsbankrott hinwegkommen. Das ist unbedingt abzulehnen. Ein Staatsbankrott wäre schlimmer als ein Verbrechen, er wäre eine Niedertracht, weil er die Auflösung des Reichs dadurch bedeuten würde, daß er die Interessen des Reichs und der Bundesstaaten in einen unheilbaren Gegensatz bringen würde. Aber auch für unsere Währung würde der Staatsbankrott verhängnisvoll sein.

Alles Geld, das wir haben, ist Staatsgeld, d. h. Anspruch an das Reich, genau wie es die Kriegsanleihen sind. Die Darlehensleihen sind gedeckt durch Ausleihungen gegen Pfand, in der Hauptsache an Bundesstaaten, Kommunen und Sparkassen, und das Pfand besteht wieder in Kriegsanleihen Bundesstaatenanleihen oder Kommunalanleihen. Die Reichsanleihen finden ihre Deckung zum weitaus größten Teil in Reichsschatzwechseln. Die Warenbesitzungen der Darlehensklassen spielen im Verhältnis zur Gesamtsumme des Umlaufs ebensowenig eine Rolle wie die Golddeckung der Reichsbank. Wie kann das Vertrauen zum Geld, das nur eine Forderung gegen das Reich und seine Glieder darstellt, gehoben werden, wenn dieser Schuldner seine Verpflichtungen nicht erfüllt? Wir müssen und können uns anders helfen, denn wir haben ein Selbstheilungsmittel, das uns der Gefahr jedes Staatsbankrotts überheben würde, in der Entwertung unserer Währung. Wenn die Reichsmark auf etwa ein Drittel ihres früheren Wertes gesunken ist, was heißt das anders, als daß man im Welle glaubt, Reichsbanknoten und Kommunen, die für ihren Haushalt jährlich 24 Milliarden gebrauchen, könnten nicht mehr als etwa 8 Milliarden in altem Geld aufbringen. Diese 8 Milliarden, nach früherem Maßstab gemessen, und die heute 24 Milliarden ausmachen, bedeuten, wenn man unsere Bevölkerung mit rund 60 Millionen annimmt, 400 M. auf den Kopf. Wenn man nun weiter annimmt, daß der Arbeitsschicht im Durchschnitt für drei Personen zu sorgen hat, so hätte das Arbeitseinkommen durchschnittlich 1200 M. für den Staatsschuldsatz zu leisten. Wenn man bedenkt, daß die Löhne heute in ihrer untersten Grenze mehr als 3000 M. betragen, durchschnittlich aber weit höher sind, so ist dieses Steueraufkommen, wenn auch für den einzelnen eine sehr starke Belastung, doch erreichbar, freilich nur durch ein Steuerreform, das alle Bevölkerungskreise erfasst. Selbstverständlich wird das höhere Einkommen und der Besitz stark herangezogen werden müssen, aber allein können sie die Lasten nicht tragen. Nicht man jede nennenswerte Kapitalbildung oder Kapitalvermehrung unendlich, so hindert man die Wiedererstarbung und Ausdehnung unseres Handels und unserer Industrie und untergräbt dadurch die Lebensbedingung unserer Wirtschaft. Es gehört wenig Weisheit dazu, um zu begreifen, daß 1000 M. in einer Hand wertvoller sind und auch für die Allgemeinheit mehr schaffen können, als je 1 M. in 1000 Taschen. Man hat nun ein Verfahren vorgeschlagen, das außerordentlich glücklich zu sein scheint und des eingehendsten Studiums wert ist: die Reichsarbeitsstunde. Jeder, der seinen Unterhalt durch Arbeitseinkommen erwirbt, soll eine Stunde am Tag für das Reich arbeiten. Die denkbar gerechteste und ergiebigste Steuer. Nach der letzten Berufsählung 1907 hatten wir allein an Lohnarbeitern in Deutschland 18 1/2 Millionen. Und die Steuer braucht sich nicht nur auf die Lohnarbeiter zu beschränken. Nehmen wir aber der Rücksicht halber an, daß nach den territorialen Abtretungen im ganzen nicht mehr als 18 1/2 Millionen zu erfassen sind, und daß der Wert der Arbeitsstunde durchschnittlich 1 1/2 M. beträgt, so ergibt sich ein tägliches Aufkommen von 27 1/2 Millionen oder jährlich 8,3 Milliarden. Eine Summe, die dem Reichsfinanzminister seine schweren Sorgen sehr erleichtern würde. Freilich nur so lange, als Löhne und Gehälter in ungefähr jetziger Höhe bezahlt werden. Eine wesentliche Besserung unserer Währung würde aber einen Abbau dieser Einkommen und damit einen Steueranfall zur notwendigen Folge haben, der durch nichts anderes zu ersetzen wäre. Das, was der Staat durch Abbau der Gehälter seiner Beamten erspart, nützt natürlich keinen Ausgleich. Die Staatsschulden bleiben ihrem Kernwert nach unverändert, zu ihrer Verzinsung und Tilgung sind die gleichen Beträge nötig, als sie nun in schlechtem oder besserem Geld bezahlt werden. Man wird sich also fragen müssen, ob unter den unglücklichen Umständen, in die wir geraten sind, eine wesentliche Besserung unserer Währung überhaupt möglich und daher erwünscht ist. Die Verschlechterung hat aber in der Hauptsache die kräftigsten Schichten betroffen, die sich wohl oder übel damit abfinden mußten. In Preußen und Bayern ist größtenteils schon der Ausgleich geschaffen. Welche neue Unruhe würde es aber in unser ganzes Wirtschaftsleben bringen, wenn nun ein Abbau der meisten Arbeitseinkommen einsetzte? Müßte jemand, der Löhne, auch wenn die Lebensmittel billiger werden, von 20 oder 24 M. auf die Hälfte oder weniger herabgesetzt werden könnten, ohne daß der Weg über endlose Streiks, wenn nicht über blutige Kämpfe gehen müßte? Sünde die Währungsverschlechterung auf Kosten der Geldbesitzer und Geldgläubiger vor sich, so würde eine Währungsverbesserung allen Geldschuldnern zu drückender Last werden. Ein Beispiel: Ein Fahrradhändler nimmt bei seinem Bankier einen Kredit von 100 000 M. auf und macht mit einer Fahrradfabrik einen Abschluß auf 500 Räder zu 200 M. Diese Fahrräder haben bei heutigem Währungswert einen Goldwert von etwa 33 000 M. Während der Monate, die die Lieferung beansprucht, sei nun die Währung von 33 p. q. auf 60 p. q.

gestiegen. Das bedeutet, daß die im wirklichen Wert unterandere Rare statt 100 000 M. beim Verkauf, wenn man den Handelsgewinn außer Betracht läßt, nur 66 000 M. erbringen würde. Einen Nachschuß wird die Fabrik nicht bewilligen können, weil sie den Verkaufspreis auf Grund ihrer teureren Rohstoffeinkäufe und der Löhne, die auf eine 30prozentige Währung eingestuft waren, kalkulieren mußte, andererseits muß der Händler unter dem Druck des inländischen und ausländischen Wettbewerbs der Änderung der Währung Rechnung tragen und mit Verlust verkaufen. Seinem Bankier schuldet er aber unbeeinträchtigt 100 000 M. Das zeigt, wie verlustreich eine Besserung der Währung sein kann. Überhaupt ist jede erhebliche Schwankung der Währung, sei es Verschlechterung oder Verbesserung, für das Geschäftsleben von Unheil.

Wie steht es aber nun mit den Beziehungen zum Ausland? Die Verschlechterung der Währung verteuert alle Einfuhrwaren, das ist allgemein bekannt, aber nur zum Teil richtig. Sie verteuert sie nämlich nur insoweit, als die Währung im Ausland niedriger bemerkt wird, im Inland aber noch ihre volle oder doch eine höhere Kaufkraft besitzt. Ist die Währung aber erst im Inland ebenso entwertet wie im Ausland, d. h. kommt die Entwertung auch in den Inlandspreisen allgemein zum Ausdruck, so findet eine Verteuerung der Einfuhr keineswegs mehr statt. Wir können alle Einfuhrgüter nur mit Arbeit oder Baren bezahlen. Jede Bezahlung durch Inlandsgeld ist nur etwas Vorläufiges. Der Ausländer hat für Reichsmarknoten keine Dauerverwendung und kann sie letzten Endes nur wieder zur Bezahlung von Waren verwenden, die er aus Deutschland bezieht, oder für Arbeit, die ihm in Deutschland geleistet wird. Kaufen wir z. B. von einem Ausländer einen Gegenstand im Goldwert von 33 1/2 M. und müssen nach dem heutigen Währungsstand dafür 100 Reichsmark zahlen, so haben wir den Gegenstand zu teuer gekauft, wenn es dem Ausländer möglich ist, mit diesen 100 M. in Deutschland etwas zu erwerben und zu bezahlen, was mehr als 33 1/2 M. Goldwert hat. Da sich inzwischen die Inlandspreise aber so eingestellt haben, daß dies im allgemeinen nicht mehr möglich ist, kann die Verteuerung der Einfuhr durch den niedrigen Währungskurs, wenn sie überhaupt besteht, nur ganz unwesentlich sein. Welt wesentlich ist sie dadurch, daß der Ausländer bei Verkäufen nach Deutschland in seiner Preisstellung einem weiteren Währungsrückgang Rechnung trägt, der bis zur Bezahlung eintreten könnte. Der Schaden, den unsere Volkswirtschaft erleidet, beruht also auch hier weit weniger auf dem augenblicklichen Stand der Währung als auf ihrer Instabilität.

So gering der Einfluß der schlechten Währung auf die Einfuhrpreise ist, wenn sich erst der allgemeine Preisstand im Inland durch Währungsverschlechterung angepaßt hat, so gering ist auch der Einfluß auf die Ausfuhr. Es ist also durchaus richtig, daß niedrige Währung unter allen Umständen die Ausfuhr fördert. Vor dem Krieg wurden in Oberschlesien die Bergarbeiter für die Schicht im Durchschnitt 4,50 M. Lohn bezahlt. Der Arbeiter forderte dabei durchschnittlich 1 Tonne pro Schicht. Heute beträgt der Schichtlohn durchschnittlich 13,50 M., also das Dreifache, und da unsere Währung auch im Ausland nur ein Drittel wert ist, so wären wir jetzt nicht weniger, aber auch nicht mehr wettbewerbsfähig als vor dem Krieg — wenn der Arbeiter auch jetzt noch 1 Tonne pro Schicht fordern würde. Das tut er aber nicht; er fordert nur fünf Achtel Tonnen. Das kommt natürlich nicht von der Währung, sondern von zu kurzer Arbeitszeit und dem Streiken und wird sich hoffentlich auch wieder ändern. Auf einen recht wesentlichen Vorteil der niedrigen Währung muß aber doch hingewiesen werden. Wenn sich Löhne und Warenpreise auch, wie wir gesehen haben, dem Währungsstand anpassen, so lebt doch im Bewußtsein der Bevölkerung noch auf lange Jahre hinaus die Reichsmark als das alte, wertvolle Geld. Da, wo es nicht nötig ist, fordert man nicht immer den vollen, dem neuen Zustand Rechnung tragenden Preis, und zumal in den Ausgaben legt man sich doch sehr häufig in Erinnerung an den alten Zahlwert des Geldes Zurückhaltung auf. Dieser psychologische Einfluß ist in den zur äußersten Sparfamkeit zwingenden Verhältnissen, die uns der verlorene Krieg auferlegt, nicht zu unterschätzen.

Die Aufhebung der Blockade.

mz. Berlin, 11. Juli. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Deputationsrat Freiherr v. Persner, übermittelte Clemenceau am 10. Juli, vormittags, folgende Note: *Exzellenz, beehre ich mich im Auftrage der deutschen Regierung mitzuteilen, daß der deutsche Reichspräsident die Ratifikationsurkunde zu dem am 26. Juni unterzeichneten Friedensvertrag, den dazu gehörenden Protokollen und der am gleichen Tage unterzeichneten Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande nach erfolgter Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften des Reichs am 9. Juli vollzogen. Die Ratifikationsurkunde ging mit besonderem Kurier nach Versailles ab und wird von mir nach ihrem Eintreffen sobald überreicht. Die deutsche Regierung sieht nunmehr der Aufhebung der von den alliierten und assoziierten Mächten gegen Deutschland verfügten Blockade Maßnahmen entgegen. Sie gibt sich ferner der Erwartung hin, daß nunmehr auch die Heimbeförderung der deutschen Kriegsanfänger in die Wege geleitet wird und bittet, ihr auch hierüber baldmöglichst Nachricht zugehen lassen zu wollen.*

mz. Haag, 11. Juli. Heute geht eine Erklärung der niederländischen Regierung an die assoziierten Mächte ab, worin sie sich damit einverstanden erklärt, daß die

holländischen Abmachungen mit den alliierten Mächten bei Aufhebung der Blockade automatisch außer Kraft treten.

mz. London, 11. Juli. Reuter erfährt amtlich, daß die Blockade gegen Deutschland in dem Augenblick aufgehoben werde, in dem die Dokumente der Ratifikation des Friedensvertrages förmlichen und den alliierten und assoziierten Mächten in Paris offiziell zugegangen sind. Die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland hat keinen Zusammenhang mit dem Abschluß der Friedensverträge mit den anderen kriegsführenden Ländern. Die Aufhebung der Blockade hat notwendigerweise zur Folge, daß auch die Handelsbeschränkungen aufgehoben werden.

mz. Versailles, 12. Juli. (Trautmeldung des Wiesbadener Tagblatts.) Der Oberste Rat der Alliierten hat in seiner gestrigen Nachmittags-Sitzung beschlossen, die Blockade gegen Deutschland von heute, den 12. Juli, ab, aufzuheben.

Die ersten Verhandlungen über die Rheinlande.

mz. Versailles, 11. Juli. Heute nachmittag fand im Trianon-Palast die erste Begegnung zwischen der deutschen Kommission für die besetzten Rheinlande und den Vertretern der Besatzungsmächte statt. Den Vorsitz führte auf deutscher Seite Unterstaatssekretär im Reichsministerium Lewald auf Seiten der Alliierten der Vertreter Frankreichs Loucheur. Unterstaatssekretär Lewald führte aus, die deutsche Regierung sei sich bewußt, daß an dem Wortlaut des Abkommens, nachdem es genehmigt und deutscherseits ratifiziert sei, nichts mehr geändert werden könne. Er hob jedoch hervor, daß ein genaues Studium und die Kenntnis der Vorgänge in verschiedenen rheinischen Landes teilen, insbesondere der Besatzungszone, zeige, daß es auf zahlreichen Gebieten noch besonderer Verständigungen über Einzelfragen bedürfe, um die knappen Bestimmungen des Abkommens in die Praxis umzusetzen. Der Wortlaut des Abkommens lasse zu verschiedenen Auslegungen Raum und habe deshalb in ganz Deutschland größere Besorgnisse hervorgerufen. Es liege daher im beiderseitigen Interesse, daß über die Auslegung volle Klarheit geschaffen werde. Unterstaatssekretär Lewald betonte, daß den Bewohnern des besetzten Rheinlandes in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte volle Freiheit gewährt und der Personen, Güter und Nachrichtenverkehr sowohl innerhalb des besetzten Gebietes wie auch zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland von allen Beschränkungen befreit werden müßte, sowie daß endlich eine möglichst weitgehende Erleichterung in den Einquartierungslasten einzutreten habe. Insbesondere gehe die deutsche Regierung auch davon aus, daß nunmehr die Zollgrenze mit der Reichsgrenze zusammenfallen müsse. An der Hand des Abkommens entwickelte Lewald bei jedem Artikel die wichtigsten deutschen Punkte. Der Vertreter Frankreichs erwiderte, daß die hier versammelte Kommission das Abkommen selbst ausgearbeitet habe und daher versichere könne, daß sie von dem Wunsche geleitet gewesen sei, die Lasten für die Bevölkerung des besetzten Rheinlands so viel wie möglich zu erleichtern. Im übrigen seien die von dem Vorsitzenden der deutschen Kommission aufgeworfenen Fragen so vielseitig und so schwerwiegend, daß eine sofortige Antwort darauf nicht gegeben werden könne. Die alliierten Regierungen müßten vielmehr in Gemeinschaft mit den Militärstellen in weitgehende Beratungen eintreten, und zu jeder der zur Erörterung stehenden Fragen Stellung nehmen. Er schlug deshalb vor, die Verhandlungen erst fortzusetzen, wenn die Prüfung auf Seiten der Besatzungsmächte abgeschlossen sei. Er werde alsdann die Kommission nach Ablauf einiger Tage zu einer neuen Sitzung einladen. Der deutsche Vertreter erklärte sich damit einverstanden. Die Kommission wird nach Deutschland zurückfahren und die Verhandlungen auf diese dazu benutzen, mit den Abgeordneten und sonstigen Sachverständigen aus dem besetzten Gebiet über die Einzelheiten des Abkommens in Beratungen einzutreten.

Deutsche Besprechungen mit der Entente-Kommission.

mz. Versailles, 11. Juli. Heute fand in Versailles die vorbereitende Besprechung der deutschen und der Entente-Kommission statt über die Ausführung der Leistungen und Lieferungen, welche Deutschland im Friedensvertrag übernommen. Es wurde zwischen dem deutschen Vorsitzenden, Unterstaatssekretär Schröder, und dem französischen Vorsitzenden, Loucheur, ein Einverständnis darüber erzielt, daß über eine Reihe von Einzelfragen, insbesondere über die Frage von Kohlen- und Chemikallieferungen, schon in der nächsten Woche besondere Sachverständigen-Kommissionen in Versailles zusammenzutreten sollen. Von französischer Seite wurde das dringende Verlangen gestellt, daß zu den Aufräumungsarbeiten der durch den

Krieg erschließen französische Gebiete alsbald freie deutsche Arbeitskräfte in erheblichem Umfang herangezogen werden würden. Für Belgien wurde eine Beteiligung deutscher Arbeiter als nicht nötig bezeichnet.

Pariser Pressestimmen zur Ratifikation.

mz. Bern, 11. Juli. In der Ratifikation des Friedensvertrages durch Deutschland erklärt das „Journal“ in Übereinstimmung mit den übrigen Blättern, die letzten Formalitäten, die man von Deutschland erlangen konnte, seien erfüllt.

Die Überwachung Deutschlands.

Berlin, 11. Juli. Die militärische Überwachungskommission der Alliierten für die Ausführung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages durch Deutschland wird, wie einzelne Blätter berichten, ihren Sitz in Berlin haben und einen französischen General zum Chef erhalten.

Der angeblich deutsch-japanische Vertrag.

mz. Berlin, 11. Juli. Zur Washingtoner Meldung, daß Senator Lodge den Präsidenten Wilson aufgefordert habe, dem Senat den angeblich zwischen Deutschland und Japan im letzten Oktober abgeschlossenen Vertrag vorzulegen, in dem die Vertragschließenden sich verpflichten, Russland bei der Wiedergewinnung seiner internationalen Stellung zu helfen, bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Bekanntlich ist die Behauptung von geheimen Abmachungen zwischen Deutschland und Japan über die zukünftige Bestattung Russlands zuerst im November 1918 aufgetaucht und zu scharfen Anfeindungen gegen den Ministerpräsidenten Scheidemann benutzt worden.

Aus dem Ententrat.

mz. Versailles, 11. Juli. 8 Uhr abends. Der Oberste Rat der Alliierten vereinigte sich am Nachmittag, um die Beratungen über die Festsetzung der österreichischen Grenze fortzusetzen. Dierauf beschloß er sich mit der Antwort auf die deutsche Note, betr. die Ausführung des Friedensvertrages in den östlichen Provinzen.

mz. Versailles, 11. Juli. Der Kammerausschuß zur Prüfung des Friedensvertrages beschloß gestern mit dem Rat der Alliierten, betr. Marokko, Ägypten, Siam und Schantung, Berichterstatter Long sprach seine Genehmigung aus, daß Frankreich nunmehr volle Bewegungsfreiheit in Marokko habe, und daß damit die Algeciras-Akte für null

Aus Kunst und Leben.

* Goethe-Abend. Gustav Jacoby, der Leiter der „Volkshochschulvereine“, hat eine selten glückliche Hand mit seinen Veranstaltungen. Ob warm, ob kalt, ob Regen, ob Sonne scheint, immer ist der große Saal der Turngesellschaft bis auf den letzten Platz besetzt.

Dr. Hugo Riemann, der bekannte Musiklehrer, ist wenige Tage vor seinem 70. Geburtstag, am 10. Juli in Weipert verstorben. Er hatte einst in Berlin und Tübingen ursprünglich Pura und Philo- studiert, machte dann den Wechsel von 1870/71 mit und wandte sich erst nach erfolgter

und nichtig erklärt werden. Auch Langer habe nunmehr seinen internationalen Charakter verloren. In der Schantungfrage könne Frankreich dem Vertrag zustimmen, da Amerika ihn unterzeichnet habe.

mz. Paris, 11. Juli. (Havas.) Der am Donnerstag nachmittag versammelte Oberste Rat der Alliierten empfing die Generale, die mit der Untersuchung der Zwischenfälle in Fiume beauftragt sind, bei denen bekanntlich einige Franzosen getötet wurden. Die Kommission setzt sich zusammen aus General Peulant für Frankreich, di Rebilant für Italien, Battis für England und Generalmajor Gunneral für die Vereinigten Staaten.

Die Verhandlungen mit Österreich.

mz. Versailles, 11. Juli. Die Überreichung des Friedensvertrages an die österreichische Delegation verzögerte sich wiederum. Sie erfolgt frühestens am kommenden Mittwoch.

Der Friedensvertrag für Bulgarien.

mz. Versailles, 11. Juli. Der Vertrag, der der bulgarischen Friedensdelegation überreicht werden soll, soll nach Mitteilungen der „Liberé“ bereits fertiggestellt sein. Im großen und ganzen könne gesagt werden, daß die Grenzen Bulgariens auf den status quo ante zurückgeführt werden würden.

Einladung der bulgarischen Delegierten

mz. Versailles, 11. Juli. Die alliierten und assoziierten Regierungen forderten die bulgarische Regierung auf, zum 25. Juli eine Friedensdelegation nach Enghien-le-Vains zu entsenden.

Deutschland.

Der Brotpreis.

mz. Weimar, 11. Juli. In der heutigen Sitzung des Ausschusses der Rationalisierungsverwaltung für Volkswirtschaft wurde die Beratung der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlachtvieh fortgesetzt. Reichsernährungsminister Rohd Schmidt erklärte zu Beginn der Verhandlungen, daß sein gestern mitgeteilter Vorschlag im Kabinett beraten worden sei und dort Zustimmung gefunden habe.

Die große Vermögensabgabe.

Berlin, 11. Juli. Wie jetzt mitgeteilt, gilt als Stichtag für die große Vermögensabgabe der 31. Dezember 1919, also nicht, wie vielfach angenommen wurde, der 31. Dezember 1918. Einmal soll so noch ein Ausgleich für die während des Krieges und der Revolution entstandenen

Heimkehr ganz der Hamburg zu. Als Lehrer seiner Kunst war er in Bromberg, Hamburg und Sondershausen tätig und wirkte von 1890-95 auch hier in Wiesbaden am Konservatorium. Zu seinen Schülern gehörte damals auch der später so bekannt gewordene Komponist R. Keger. Seit 1896 war Riemann Professor an der Universität Leipzig, wo er eine umfassende Tätigkeit auf dem gesamten Gebiet der Musikforschung, Ästhetik und Theorie entfaltete.

ha. Aufführung eines Schwanks von Eulenberg. Der Dichter von „Belinde“, von „Alles um Liebe“, der Romantiker des Kaiserreichs unter den Schwankdichtern? In diesen Zeitläuften, in denen alles Kopf steht, ist auch dieses in Düsseldorf Schauspielschauspielhaus, dem der Wohlwoll der Düsseldorf-Kritiker so gut zu bekommen scheint, daß es fast bedauert zu sein hat, zur Laßhaft geworden. Herbert Eulenberg hat seinem Schwank den langen Titel gegeben: „Aleinische Zeiten und ein Quodestien“, ein Schwank in drei Aufzügen, zwei Zwischenstücken und einem Nachspiel.

Vermögensverluste ermöglicht werden; auch will man nicht nur die Kriegs-, sondern auch die Revolutionsgewinne auf diese Weise fassen.

Eine Sonderfettzulage.

mz. Berlin, 11. Juli. Nachdem der Reichsernährungsminister vor wenigen Tagen erklärt hat, daß eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung zu verbilligten Preisen eintreten soll, wird zur Behebung des dringendsten Fettmangels im Laufe des Monats Juli eine einmalige Sonderzulage von ausländischem Speisefett von 200 Gramm ausgeben.

Keine Einigung im Berliner Verkehrsstreik.

Berlin, 11. Juli. Im Berliner Verkehrsstreik ist der gestrige Versuch des Vollzugsrates, eine Einigung herbeizuführen, gescheitert. Auch das Reichsarbeitsministerium sieht sich vorläufig nicht veranlaßt, nach einmal einzugreifen. Man muß also mit einer noch weiteren Dauer des Ausstandes rechnen.

mz. Berlin, 12. Juli. Zum Verkehrsstreik wird in der „Vossischen Zeitung“ berichtet, daß für heute 4 Vollversammlungen der Streikenden angesetzt sind, in denen über die gestrigen Einigungsverhandlungen Bericht erstattet werden soll. In diesen Versammlungen werde eine geheime Abstimmung stattfinden. — Der „Volksanzeiger“ spricht von neuen Aussichten zur Beilegung des Streiks.

Die Geiseln der Lazarettinsassen.

mz. Frankfurt a. M., 11. Juli. Nach einer Protestversammlung gegen die Festnahme von Vertrauensleuten der Lazarettinsassen in Siegen zogen die Lazarettinsassen von Frankfurt zum Abschnittskommando und verlangten dort die Freigabe ihrer Vertrauensleute in Siegen. Da der Abschnittskommandeur in dieser Sache nichts tun kann, und das Generalkommando in Bad Nauheim telefonisch nicht zu erreichen war, führten die Lazarettinsassen den Abschnittskommandeur und seinen Adjutanten in einem Auto fort und beabsichtigen, die beiden Offiziere so lange als Geiseln in Haft zu halten, bis die Vertrauensleute der Lazarettinsassen in Siegen wieder in Freiheit gesetzt sind.

mz. Frankfurt a. M., 11. Juli. Nachdem das Generalkommando die Zustimmung gegeben hat, daß die Geiseln Vertrauensleute der Lazarettinsassen aus der Haft entlassen werden, erfolgte auch in Frankfurt a. M. die Wiederfreigabe der heute nachmittag als Geiseln festgenommenen, des Majors v. Koch und Rittmeisters v. Berdeleben.

Preussische Landesversammlung.

mz. Berlin, 11. Juli. Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 1.25 Uhr. Das Eisenbahnleihegesetz steht zur zweiten Beratung.

Berichterstatter Schubert (Soz.) beantragt namens des Ausschusses die unveränderte Annahme des Entwurfs, der insgesamt 113 Millionen Mark erfordert. Minister Cser: Die vorgeschlagenen Arbeiten konnten zu den verbilligten Preisen nicht durchgeführt werden. Wir müßten die Preise erhöhen. Die Vorlage enthält noch nicht alle Verbesserungen. Ich muß mir leider vorbehalten, noch mit Nachforderungen zu kommen. Wir werden künftig mit den Posten vorsichtiger sein müssen als bisher. Notwendig werdende Anlagen werden wir hoffentlich auch in Zukunft ausführen können; aber wir werden so einfach, billig und praktisch wie möglich bauen lassen.

Das Reich wird dazu 500 Millionen beisteuern. Die finanzielle Belastung der Beamten und Arbeiter wollen wir dadurch weiter fördern, daß wir auf eine begrenzte Zeit auch die bestehenden Gehälter und Löhne noch aufrecht erhalten werden. Über die organisatorischen Maßnahmen werden wir hoffentlich bald zu einer Verständigung mit den Gewerkschaften kommen. Eine Ausnahmebestimmung beantrage ich für meine Verwaltung nicht. Ich werde mich allem fügen, was das Reich beschließen wird. Wir müssen zu betriebsvollem Zusammenarbeiten von Vorgesetzten und Untergebenen kommen und zu einem geordneten leistungsfähigen Betrieb. Was der politischen Meinung haben wir nicht zu fragen, nur nach der Tüchtigkeit. Jeder Vergeltete, der seine Pflicht erfüllt, wird den besten Lohn der Verwaltung hinter sich haben.

Seit die Blockade löst werden große Vorräte an den Grenzen zur Verfügung stehen, die nur sofort wirken, und zu überfließen und unsere letzten Vorrat ins Ausland zu geben. Wir müssen uns alle durchdringen lassen von der großen Verantwortung, die auf uns lastet. Tun wir jetzt nicht alle unsere Schuldigkeit, so ist unser Land nicht mehr zu retten. Ich will die Demokratisierung der Verwaltung. Ich werde mein Programm durchführen und durchsetzen. (Leb. Beifall.)

Anspielungen auf politische Zustände von vorgestern und streuen sich, daß Eulenberg wirklich Sinn für den Schwank hat. Leider hält schon der zweite Akt nicht, was der erste verspricht. Des Fürstins lapidäre Frau wird in das Milieu. Ein soverderliches Persönchen, das sich darin gefällt, alte Zeiten nachzuäffen. Nach der Romantik kommt es nun goethisch, zum Entsetzen des Ehemanns, der sich über Petrarca und Michelangelo gerade so weit unterrichtet hat, um der Gattin Zeitgeist stondbubhalten und der nun mit gestäubten Haaren sich von seinem Oberhofmarschall sagen lassen muß, daß Goethe 30 Hände voll geschrieben hat. Die Fürstin ist ganz Eulenberg, ist lustig, weil Eulenberg in ihr sich über Eulenberg ausullt, aber der Lyriker von Kaiserwerth spottet nicht nur, er liebt zugleich. Rast an dem Persönchen, listelt und stottert sie aus und — vergißt darüber den Schwank, maßt und setzt noch ein Glanzlicht auf und noch eins und immer noch eins, bis es langweilig wird. Wenn sich diesmal im zweiten Zwischenstück der Jenfer abermals beschwert, dann hat er schon ein paar Parteilager trotz der neuen Zeit im Zuschauertraum dabei, die das Gedächtnis als Deadmantel dünner Gondlung entdecken haben und darüber unzufrieden sind. Noch stärker waren Jenfers Parteilager aber im dritten Akt, in dem Eulenberg seine Fürstin modern werden läßt, worunter er scheinbar fröhlich und froh verhält. Die Fürstin hat nun Sprachunterricht bei Spartakiden genommen, die Intrigen werden zum Unfug, und alles verhandelt schließlich im Couplet eines Figaro nachempfundenen modernen Friseurs. Statt ulzig zu bleiben wird Eulenberg plötzlich banal und platt und bestimmt durch das Hofgesellschaft. Ein Schwank muß Stil und Niveau haben, zumal wenn er von Eulenberg ist. Weides aber hat das so lustig Begomene am Ende leider nicht mehr. So mischte sich unter den starken Beifall lokalpatriotisch begeistert das Gezielle Enttäuscher. Die Darstellung mit Stocdel als Fürst, Gebühr als Fürstin, Dietrich als Oberhofmarschall, Eggers, Kettner als Rittmeister und Werner als Hofschauspielerin war geräumig und flott, die Ausstattung der beliebten Heimerdeutschen Reizend des Schauspielhauses würdig. Der Dichter konnte sich mehrmals zeigen und für den Beifall der Zuschauer danken.

Rebel (Dem.): Es muß eine Formel gefunden werden, die den Eisenbahnern die Staatsgrundrechte erhöht und gleichzeitig auch die Allgemeinheit ausreichend sichert. Die Eisenbahner dürfen sich nicht zu politischen Zwecken mißbrauchen lassen. Ich danke dem Minister für seine Erklärungen und bitte ihn, weiter ein Mitglied der sozialen Tat zu sein.

Schubert (Soz.): Der politische Hintergrund des Eisenbahnstreiks ist unübersehbar.

Abrede bei den Unabhängigen. Die politischen Drahtzieher haben den Streik herbeigeführt, um der Regierung die Möglichkeit für die Heranziehung von Lebensmitteln und dadurch zur Justizverurteilung der Eisenbahner zu nehmen (Lärm bei den Unabhängigen.) Die Vorlage wird danach in zweiter und ohne weitere Aussprache auch in dritter Lesung sowie im ganzen angenommen. — Hierauf wird die zweite Lesung des

Staats des Ministeriums des Innern

fortgesetzt. Abg. Schubert (Dem.) ersucht die Regierung in einer förmlichen Anfrage um Auskunft über die Behandlung der von den Polen schuldig gemachten Verbrechen und Gefangenen. — Ein Vertreter des Kriegsministeriums gegen die vollenrechtlichen Behandlung der Geiseln und Gefangenen hat General v. Hammerstein wiederholt Einspruch erhoben. General Rudant hat aber keine Antwort erteilt. (Hört! Hört!) — Abg. Dr. Richter (Deutsche Sp.) ersucht um Auskunft über den Umfang der Mitwirkung der Arbeiter- und Soldatenräte in der Stadt- und Gemeindeverwaltung, ferner über die Grundzüge bei der Anstellung und Entlassung von Staatsbeamten. Auch eine demokratische Regierung kann eine charaktervolle pflichttreue Beamtenwahl nicht entbehren. Los Befehlsmäßig zur sozialdemokratischen Partei allein kann noch nicht eine reiche Macht des Geistes verleihen, um jemanden zu einem hohen Staatsamte zu befähigen.

Minister des Innern Peiser: Die von mir schon früher mitgeteilten Grundzüge über die Beamtennennungen haben seinerzeit größtenteils auch die Zustimmung des Vorredners gefunden. Die preussische Regierung hat Herrn v. Richter in Schutz genommen gegen solche Verleumdungen. Die an seiner politischen Auffassung Anstoß nahmen. Man muß die Menschen nehmen wie sie sind für den Platz, wo man sie braucht.

Wir denken nicht daran, jemanden bloß wegen seiner politischen Gesinnung auf einen bestimmten Platz zu stellen.

Es kommt in der Hauptsache auf die Persönlichkeit an. Wo es nicht anders geht, da kann man nicht mehr nach der Zahl der Stimmen fragen. In der Frage nach der Beurlaubung sind wir äußerst sorgsam und gewissenhaft. Texten kann da und dort ein Mißgriff passieren. Sind die alten Regime nie Mißgriffe passiert? Wir werden niemanden der Gesinnung wegen verfolgen. Allerdings sind ja die Regierung von Haupten ihres Beamtennennungsrechts in die Hände der Kommunalverwaltungen gelegt. Dadurch begeben wir uns eines Risikowortes, aber wir werden politisches Leben.

Dienstag, 1 Uhr: Fortsetzung, vorher keine Anfragen, Gemeindevorstand der Frauen, keine Vorlagen. Schluß 6 Uhr 45 Min.

Wiesbadener Nachrichten.

Stadtverordneten-Sitzung vom 11. Juli 1919.

Seit Vorlage des Haushaltsplans für 1919/20 häuft sich der Beratungsstoff für das Stadtparlament außerordentlich. Gestern nachmittags fand im Verlauf von drei Wochen die dritte Sitzung statt, und zwar standen nicht weniger als 24 Punkte auf der Tagesordnung. Der Vorsitzende, Herr Justizrat Siebert, gab vor Eintritt in die Tagesordnung eine Einladung des Wiesbadener Lehrergesangsvereins zu einer Gedächtnisfeier für seine im Krieg gefallenen Mitglieder am Sonntag im Kasino 1 bekannt und empfahl dem Kollegium die Beteiligung. — Punkt 1 der Tagesordnung, betr. Einrichtung der Räume in der ehemaligen Artilleriekaserne an der Kirchstraße für Bureauzwecke und Bewilligung der hierfür erforderlichen Mittel, wird an den Bauausschuß verwiesen. — Zur Herstellung von Neu- und Unterhaltungsarbeiten im Kaffee-Restaurant 8400 M. zu bewilligen, da in absehbarer Zeit mit der Errichtung eines neuen Gebäudes nicht zu rechnen sei, andererseits aber der Kaffeehausbetrieb erhalten bleiben solle; die Miete soll der allgemeinen Teuerung entsprechend erhöht werden. Die Stadtverordnetenversammlung erteilt nach dieser Begründung durch den Stadtv. Schwank ihre Zustimmung. — Zur Einrichtung einer Werkstätte für Bau- und Kunstschlosser usw. wird die Nachbewilligung von 7850 M. nachgefordert. Stadtv. Finz begründet die Vorlage für den Bauausschuß, worauf derselbe zur Annahme gelangt.

Der 4. Punkt der Tagesordnung betraf eine abermalige Erhöhung der Preise für Wasser, Gas und Elektrizität.

Stadtv. Dr. Dyerhoff, der die Vorlage für den Finanzausschuß begründete, betonte, daß die am 30. Mai d. J. infolge der Kohlenpreiserhöhung sowie der Steigerung der Löhne und Gehälter beschlossene Preiserhöhung für Wasser auf 2 Pf. für Gas auf 40 Pf. pro Kubikmeter, für elektrischen Lichtstrom auf 85 Pf. und für Kraftstrom auf 36 Pf. pro Kilowattstunde, wie schon damals in Aussicht gestellt worden sei, infolge neuer Teuerung der Rohmaterialien nicht ausgeht habe. Es sei, wie zu erwarten war, eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise um 7 M. pro Tonne eingetreten, so daß sich die Gaskosten nunmehr auf 88 M. pro Tonne stellen. Infolgedessen mußten die Preise für Gas auf 45 Pf. pro Kubikmeter und für elektrischen Lichtstrom auf 90 Pf. pro Kilowattstunde erhöht werden, während von einer weiteren Erhöhung des Kraftstroms einstweilen Abstand genommen werden soll. Der Finanzausschuß empfahl den Stadtverordneten, die Zustimmung zur Vorlage zu geben, was debattelos geschah.

Die nächsten drei Punkte der Tagesordnung betrafen verschiedene städtische Gebührenerhöhungen.

Hierbei ist zunächst die Erhöhung der Abonnements- und Eintrittskarten für das Kurhaus zu erwähnen. Der Berichterstatter für den Finanzausschuß Stadtv. Schweigguth wies in seiner Begründung darauf hin, daß sich infolge der Teuerung aller Betriebsmittel eine Erhöhung der bisherigen Sätze nicht umgehen lasse, die mit dem Wiedererwachen des Kurlebens in Kraft treten sollte. Andere deutsche Kurstädte haben inzwischen diesbezügliche Gebührenerhöhungen schon vorgenommen, und zwar um 25 bis 30 Prozent. Die jetzt hier erhöhten Sätze für die Eintrittskarten werden demnach bestimmt belohnen. — Stadtv. Marx legt erneut zur Erhöhung anheim, daß aus dem Vertrag mit dem Kurhauspächter sicher ganz bedeutend mehr Geld zu fließen sei, was Bürgermeister Travers gern bestätigt und auf eine weitere Bemerkung des Stadtv. Hartmann betonte, daß der bisherige Vertrag ja nur noch eine kriegsnotwendige Fortsetzung des alten Verhältnisses darstelle.

Nach der Erhöhung der Preise für den Kurpark, zur Erholung und zum Vergnügen kommt notgedrungen unter den heutigen Teuerungverhältnissen auch, wie der Finanz-Vorredner Stadtv. Warner einleitend zur nächsten Vorlage nicht lakonisch bemerkte, die Teuerung für den bittenden Abkühlung des Lebens, die Erhöhung des Gebührentarifs für das Bestattungswesen. Die Erhöhung der Begräbniskosten, welche indes Einkommen unter 2400 M. nicht betrifft, trägt den sozialen Verhältnissen auch inwiefern Rechnung, als sie der Veranlagung zur Einkommensteuer und dem Alter entsprechend abgestuft sind. Es ist gewissermaßen ein Probestarif, den der Magistrat nur für das

laufende Rechnungsjahr, also bis zum 31. März 1920, genehmigt hat, weil neue Gesetzesbestimmungen in Aussicht stehen, die auf das Tarifwesen von großem Einfluß sein werden. Es ergibt sich durch die Gebührenerhöhung für die Friedhöfswartung eine Jahresertragsmehrmenge von 68 000 M., nämlich 33 000 M. mehr aus Begräbniskosten und 35 000 M. mehr aus Gruften. Eine Gleichmäßigkeit der Kosten zwischen der Feuerbestattung und der Erdbestattung hat sich leider nicht erzielen lassen. — Stadtv. Müller bemerkt, daß, wenn sich irgend ein Betrieb zur Kommunalisierung eigne, es der der Leidenbestattung sei. Die Stadt müsse nicht nur, wie bisher, die Anlagen stellen, sondern alle Anordnungen hinsichtlich der Sarglieferung übernehmen. Der Redner ersucht besonders, den von Traversen vorgeschlagenen nach dem Krieg wieder in einen etwas besseren Stand zu setzen und gibt dem Magistrat zur Erwägung anheim, ob es jetzt nicht möglich sei, die Verbringung nach zu kommunalisieren. — Handelskammersekretär Stadtv. Schröder hat an und für sich gegen die Kommunalisierung nichts einzuwenden, hält es aber für angebracht, in allen Kommunalisierungsfragen mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen, und schlägt vor, einen Kommunalisierungsausschuß zu bilden. — Bürgermeister Travers beweist demgegenüber auf die Friedhofdeputation, die sich mit der Bestattungsfrage dauernd beschäftigt und die man event. durch weitere Mitglieder zweckmäßigerweise verstärken könne. — Stadtv. Geh. Sanitätsrat Dr. Proebsting legt dar, daß die Friedhofdeputation die erwähnten Fragen mit großem Interesse behandle und alle diesbezüglichen Änderungen und Neuerungen in anderen Städten mit größter Aufmerksamkeit verfolge. — Die Vorlage wird schließlich einstimmig angenommen.

Auch der Gebührentarif für die städtische Schlacht- und Viehhofanlage soll eine Erhöhung erfahren, und zwar, wie der Berichterstatter für den Finanzausschuß Stadtv. Marx Rüller betonte, um etwa 60 Prozent, um im Hinblick auf die fortgesetzte Verteuerung der Kohlen und Betriebsmaterialien einen besseren Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen. Trotz dieser Erhöhung, die den Gebühren anderer Städte mit gleichen Vorbedingungen angepaßt wurde, müsse noch mit Mindereinnahmen gerechnet werden. Die Vorlage wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Für das Handwerksamt wird hierauf ein Zuschuß von 1600 M. bewilligt, nachdem sich Stadtv. Marx, der die Gemeinnützigkeit der Einrichtung lebhaft befürwortet, wiederholt dagegen und die Stadtverordneten Schröder und Müller dafür ausgesprochen hatten; letzterer gab dabei in humorvoller Weise seine Erfahrungen als Arbeitersekretär zum besten, so daß man ihm auf allen Seiten des Hauses behaglich zuhörte und er allgemeine Zustimmung erweckte. — Ferner wurden dem Kassauischen Verein für Krüppelfürsorge auf seinen Antrag 3000 M. bewilligt. Gemüthlicher als Krüppelausgaben wurde ferner die Weiterführung von 3425 M. als Gehaltsbeihilfen für Studienaffektoren beschlossen.

Dann wandte man sich den in letzter Zeit viel erörterten Kleinwohnungs- und Siedlungsfragen zu.

Es handelte sich zunächst um die Anträge des Magistrats, betreffend a) Beteiligung an der Gründung einer geminnahigen Siedlungsgesellschaft; b) Entzerrung im Gelände Distrikt „Unterschwarzenberg“. Der Berichterstatter Stadtv. Reichwein für den Finanzausschuß empfiehlt, daß sich die Stadt einzuweilen mit 200 000 M. an der Gründung beteiligen solle, wobei jedoch zu berücksichtigen sei, daß der Betrag später jeweils erhöht werden müsse, weil die Stadt allemal dabei die führende Rolle spielen müsse, welchen Standpunkt im Verlauf der Debatte auch Oberbürgermeister Glässing betonte. — Stadtv. Hildner stellte den Zusatzantrag, die Stadtverordnetenversammlung behalt sich die Zustimmung zu den Satzungen und abzuschließenden Verträgen vor, indem er besonders auch auf die Schwierigkeiten des Bauens zur gegenwärtigen Zeit hinwies. Der Magistratsantrag wird mit dem Zusatzantrag angenommen, und ferner der Ankauf fiskalisches Gelände im Distrikt „Unterschwarzenberg“ zum Preis von 102 M. per Acre gutgeheißen.

Über die gemeinnützige städtische Siedlungsgesellschaft hin- aus besteht, zurückgehend auf Beschlässe des Kommunallandtags in den Jahren 1918 und 1917, eine Kassauische Siedlungsgesellschaft über den ganzen Bezirk, die durch Zuwendungen aus den Provinzialkassen, sowie der Landesversicherungsanstalt usw. über ein Kapital von nahezu 1 Million Mark verfügt und an der sich alle Städte und Gemeinden im hiesigen Bezirk, selbstverständlich schon aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen, beteiligen. Die Stadt Wiesbaden will sich daran, wie der Berichterstatter für den Finanzausschuß Stadtv. Sommerjennart Häffner hierzu ausführt, mit 10 000 M. beteiligen, wogegen die Stadtverordneten-Versammlung nichts einzuwenden habe.

Zur Erlangung eines Bebauungsplans im Distrikt „Unterschwarzenberg“ soll, wie schon früher berichtet, ein enger Wettbewerb unter den hiesigen Architekten veranstaltet werden, wozu sich, wie Stadtv. Hildner als Berichterstatter für den Bauausschuß mitteilt, 29 Prospektanten gemeldet haben. Als Mittel dafür sollen 18 000 M. ausgeworfen werden, und zwar sind für die 10 besten Entwürfe je 1600 M. und als besondere Auszeichnung 3000 M. vorgesehen. In die aus Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung zu wählende gemischte Kommission werden seitens der Stadtverordneten-Versammlung die Mitglieder Schwank, Lohse und Dietrich delegiert. — Stadtv. Philipp Müller hält die Wahl des Geländes für keine glückliche; sein Ideal ist ein eintürmiges Zusammenwohnen von Arbeitern, Beamten und Angestellten. — Stadtv. Schwank betont dagegen, daß das in Betracht kommende Gelände sich ganz besonders für den vorgeschlagenen Zweck eigne, weil es die Möglichkeit zur Anlage größerer Haus- und Schrebergärten biete wie kein anderes. Im übrigen seien doch auch noch andere Siedlungen geplant, so in der Gegend zwischen Kar- und Lahnstraße. Oberbürgermeister Glässing glaubt, daß nicht nur Arbeiter, sondern auch Angehörige des Mittelstandes sich um die im „Unterschwarzenberg“ zu errichtenden Häuser bewerben werden. Abgesehen sei es keineswegs nötig die 150 Häuser, für welche der Staat den Umzuehrungszuschuß gewähre, sämtlich in diesem Distrikt zu errichten. Es stehe aber fest, daß das Gelände für diesen Zweck nicht zu unterschätzende Vorzüge biete. — Stadtv. Dietrich trägt den Vorschlag in der Nähe des Waldes vorzugehen und fragt den Magistrat, ob auch nach der Errichtung dieser Siedlung das nötige zur Beseitigung der Missetände in Wohnungsweise getan sei. — Oberbürgermeister Glässing bejaht diese Frage. Die Stadt habe sich bei der Regierung um den Ankauf des Hofguts Clarental bemüht bis zur Stunde jedoch noch keinen Bescheid erhalten. Allerdings sei von anderer Seite an gewisse Interessenten Aufforderungen ergangen, ihre event. Erbpächterwünsche zu äußern, er könne aber nicht glauben, daß das Gelände unter Umgehung der Stadt an dritte abgelassen werde. — Stadtv. Finz bedauert die Zersplitterung der Stücke, die sich hier in der Beziehung zur Errichtung von Siedlungsstätten zeigen; im übrigen möchte der Redner die Angelegenheit nach Möglichkeit beschleunigt wissen. — Stadtv. Gerhard erklärt die Bereit-

heit seiner Fraktion, für den Magistratsantrag zu stimmen, sofern derselbe im Sinne der Ausführungen des Oberbürgermeisters dahin abgeändert werde, daß nur ein Teil der Siedlungen im Distrikt „Unterschwarzenberg“ errichtet werde. — Stadtv. Hildner weist darauf hin, daß die Häuser für den kleinen Mann zu teuer würden; sie dürften sogar hauptsächlich nur für Beamte in Frage kommen. — Stadtv. Warner betont, daß infolge des Eingreifens der privaten Initiative anderwärts die Sache schon weiter gediehen sei als hier. Die Städte seien berufen, auch in dieser Hinsicht vorbildlich zu werden. — Stadtv. Hansohn meint, mit privaten Siedlungen habe man in unserer Gegend nicht die besten Erfahrungen gemacht; wenn man es jetzt einmal mit städtischer Hilfe versuche werde es wohl besser gehen. — Der Ausschussantrag wird schließlich mit dem Zusatz des Oberbürgermeisters einstimmig zum Beschluß erhoben.

Die Stadt hat ferner mit dem „Männerturnverein“ einen Vertrag abgeschlossen, wonach der 152 Ruten große Turn- und Spielplatz im Distrikt „Sonnenstrift“ zum Preis von 27 000 M. an die Stadtgemeinde übergeht. Grund und Boden sind dabei mit 60 M. pro Acre, Baulichkeiten und Einfriedigung mit 7600 M., Befestigung und Einhebung mit 11 400 M. angenommen worden. Die Stadtverordneten-Versammlung hat gegen den Vertrag nichts einzuwenden.

Die weiteren Beschlüsse werden ohne größere Debatte gefaßt. Der Feldschuß soll neu geregelt werden durch die Einteilung der Feldgemarkung in 5 statt der bisherigen 6 Bezirke und ein berittener Oberaufseher mit dem Titel Feldwachmeister angestellt werden, dem zugleich auch die Kontrolle des übrigen Personals obliegt. Auch die Gehaltsverhältnisse sollen einer Neuregelung erfahren; die Rekruten für die Stadt belaufen sich auf 44 000 M. — Eine hauptamtliche Lehrerstelle an der gewerblichen Fortbildungsschule, ebenso eine neue technische Lehrerinnenstelle an der Mädchenschule in der Aheustraße werden eingerichtet. — Die Stelle des Viehhofverwalters soll mit dem derzeitigen Obersekretär an der Steuerklasse Herrn Franz besetzt werden, welcher sich für den Posten gemeldet hat. — Für zwei außerhalb des Bebauungsplans stehende Beamte, den Gemeindefiskalinspektor Junginger und den Direktor der kaufmännischen Fortbildungsschule Weber werden neue Gehaltsätze festgelegt. — Wegen die Anstellung des Kontrollieurs Scherber bei den Wasser- und Lichtwerken als Beauftragter wird von der Versammlung nichts eingewendet. — Der Pensionierung des Obersekretärs Mäntel sowie des Ingenieurs Oppermann wird zum 1. Oktober zugestimmt. — Zum Schluß begünstigt Stadtv. Schröder seine Anfrage, welche Schritte der Magistrat gegenüber der geplanten staatlichen Vermögensabgabe zu tun gedenke? — indem er auf die Folgen der Vermögensabgabe für das Handwerk, und besonders für die städtischen Finanzen hinweist. — Oberbürgermeister Glässing wies in seiner Antwort insbesondere darauf hin, daß sich die bisher vorliegenden Zeitungsberichte über die wirklichen Absichten der Regierung noch vollkommen widersprechen, und daß so lange über diese Frage noch kein festes Regierungsprogramm bestünde, sich ein Vorgehen der Stadt eürrige. Die weitere Besprechung der Anfrage wurde bis zum nächsten ordentlichen Sitzung verschoben.

Lebensmittelverteilung. Erfreulicherweise ist das Lebensmittelamt in der kommenden Woche wieder in der Lage, je Person 1 Pfund Zucker an die Einwohnerschaft zu verteilen. Der Preis für Zucker ist durch die Reichsgüterstelle infolge der fortwährenden Steigerung der Löhne und der Kohlenpreise etwas erhöht worden, wodurch sich ein Aufschlag von 4 Pf. je Pfund zu den seither geltenden Kleinhandelshöchstpreisen als notwendig erwiesen hat. Die von jetzt ab geltenden Zuckerhöchstpreise sind in der heutigen Wochenbekanntmachung veröffentlicht. — Der Preis der hochfertigen Suppen ist auf 50 Pf. je Pfund herabgesetzt. Bei den zur Verteilung gelangenden Linsen handelt es sich um Auslandsware, die aus dem freien Handel beschafft worden ist.

Die Reg.-Wiesbadener Schnellzüge. Die neuen Schnellzüge zwischen Weh und Wiesbaden waren bisher nicht über Mainz-Hauptbahnhof, sondern über Mainz-Rombach und direkt Kaiserbrücke geführt worden. Die Züge werden von jetzt ab unter Befehl des Haltens in Rombach über Mainz-Hauptbahnhof gefahren. Sie kommen in Wiesbaden zur Bewältigung der etwas längeren Strecke einige Minuten später an und fahren dort etwas früher ab. D 147, aus Weh 7.20 nachmittags, ist in Mainz 12.20 nachmittags, geht 12.28 weiter und ist 12.42 in Wiesbaden; D 148 geht aus Wiesbaden 2.15 nachmittags, ist in Mainz 2.38, geht 2.35 weiter und kommt zu gleicher Zeit um 1/8 Uhr nach Weh. Die Züge führen bekanntlich direkte Wagen Wiesbaden-Paris. Die Züge sind nach neuerer Bestimmung nur auf der Strecke Saarbrücken-Wiesbaden für den Zivildienst (ausgenommen die Schlafwagen) freigegeben, über Saarbrücken hinaus nicht.

Beschaffung von Wohnungen. Der Magistrat gibt folgendes bekannt: Im von der französischen Behörde geforderten Wohnungslisten (siehe Bekanntmachung im Anzeigenteil) beschaffen zu können, fordert der Magistrat die Vermieter bzw. deren Stellvertreter auf, die zur Auffüllung der Listen erforderlichen Unterlagen bis Donnerstag, den 17. d. M., an den Städtischen Wohnungsnotdienst, Friedrichstraße 19, Zimmer Nr. 2, zu liefern. Außerdem ist über künftig frei werdende Wohnungen fortlaufend Meldung zu erstatten. Die Meldepflicht ist den Vermietern auferlegt, da alle Wohnungen ersetzt werden müssen und eine sichere Unterlage von den Mietern, die zum Teil vorübergehend auswärts weilen, nicht zu erlangen ist. Etwas früher erstattete Meldungen entbinden in keinem Fall von der Meldepflicht.

Die Ferienpausiergänge für Schulkinder sollen auch in diesem Jahre wieder, und zwar vom 21. Juli d. J. ab stattfinden. Die Schulkinder versammeln sich an jedem Wochentag der Sommerferien des Nachmittags um 2 Uhr in den Schulhöfen an der Reichstraße und Kasellstraße. Von hier aus sollen sie von Lehrern und Lehrerinnen, Helfer und Helferinnen hinausgeführt werden nach den Bienenplätzen neben der Jasanerie. Bis 7 Uhr, spätestens 7 1/2 Uhr abends, sollen die Kinder wieder in ihrer ortslichen Wohnung sein. Um dieses Vorhaben zu verwirklichen, ist eine größere Anzahl von Helfer und Helferinnen, die sich ehrenamtlich bei der Führung und Beaufsichtigung der Kinder betätigen sollen, nötig. Meldungen hierzu werden im Rathaus, Zimmer Nr. 60, bei den Herren Direktoren der Schulen sowie im Gewerkschaftsheim entgegengenommen.

Pneumatikloses Auto — eine epochenmachende Erfindung. Man schreibt uns: Vor einigen Tagen las ich in einer ausländischen Zeitung in der Nähe von Wiesbaden ein Inserat, durch das Interessenten für einen Pneumatiklosen Wagen gesucht wurden. Die Anzeige nahm — so hatte es den Anschein — den Mund recht voll, denn sie versprach sehr viel und verlangte noch mehr. Ich hatte zuerst den Eindruck, als ob es sich um eine faule Sache handle und dachte: „Was mag das für ein Schwundel sein.“ Nicht hatte ich aber Gelegenheit, mir diese Erfindung selbst anzuschauen. Ich bin mit dem Erfinder auf einem alten Kasten von Auto, der auf den beiden Hinterrädern den neuen Pneu-Erfindungstrag über Eisenbahnschienen,

Graben und schlechte Straßen gefahren und hätte es nicht geglaubt, daß unser Wagen statt Pneumatik eine Federkonstruktion trug...

Reiseverkehr. Vor Beginn der Hauptreisezeit sind die Reisenden zu ihrem eigenen Besten darauf hinzuweisen, daß jedes Gepäckstück die genaue und dauerhafte beschriftete Adresse des Reisenden...

Das Zwangsmitglied der Beamtinnen und Lehrerinnen bildete kürzlich auch hier den Beratungsgegenstand einer gut besuchten Frauenversammlung...

Wiesbadener Vergnügungsbühnen und Lustspiele. * Residenz-Theater. Sonntag, den 13. Juli, nachmittags 3 Uhr: 'Schwarzwaldbüchel'...

Gerichtssaal.

FC. Französisches Wirtshaus, Polizeigericht Wiesbaden. Stadt. Fräulein A. S. von hier wurde bei Nacht angehalten, als sie...

Handelsteil.

Berliner Börse. Kurse vom 11. Juli 1919.

Table with columns: Div., Bank-Aktien, Industrie-Aktien, Hohentloherwerke, etc. listing various stocks and their prices.

Rheingauer Winzerverein.

m. Eltville (Rheingau), 10. Juli. Hier wurde unter Leitung des Herrn Oekonomierates Ott-Rüdesheim die Hauptversammlung des Rheingauer Weinbauvereins abgehalten...

Parlament. Das politische Parlament konnte erst in zweiter Linie. Über diesen Vortrag gab es eine ausführliche, lebhaft ausgeprägte, bei der Für und Wider gründlich zur Erwägung gelangte.

Banken und Geldmarkt.

Die Bewertung der Stadtanleihen im besetzten Gebiet. Ein Vorgang, der in ausgeprägtem Maße die Beurteilung der Stadtanleihen im besetzten Gebiet kennzeichnet...

Industrie und Handel.

Frieden in der Damenkonfektion. Die seitens der Detailistenverbände gegen die Fabrikantenverbände der Damenkonfektion verhängte Auftragsperre ist...

Finanzliteratur.

Kalihanndbuch. Die Mitteldeutsche Privatbank A.-G., Magdeburg, gibt soeben ihr Kalihanndbuch für das Jahr 1919 neu heraus...

Wetterberichte.

Meteorologische Beobachtungen der Station Wiesbaden.

Table with columns: 11. Juli 1919, 7 Uhr 27 Morgens, 2 Uhr 27 Nachm., 9 Uhr 27 Abends, Mittel. Rows include Luftdruck, Thermometer, Dunstspannung, etc.

Wasserstand des Rheins.

Table with columns: Dieblich Pegel, Caub, Mainz. Values for water level measurements.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptredakteur: H. Hegerhorst.

Verantwortlich für Zeitartikel: H. Hegerhorst; für politische Nachrichten: F. Günther; für den Unterhaltungsteil: B. v. Raue...

Bad Ems

Kurbetrieb ab Mitte Mai. Auskunft über Zu- und Abreise (Brückenkopf Coblenz) durch die Kurkommission, Hotels und Logierhäuser.

Mieternot :: Mieterschutz :: Mieterrecht

Öffentliche Versammlung des Wohnungs- u. Heimstättenvereins

Wohnungs- u. Heimstättenverein. Zum Eintritt berechtigt nur das Druckheft 'Wohnung u. Heimstätte', ab 6 Uhr für 30 Pf. am Eingang erhältlich.

Praxis für Zahnleidende. Fr. Klinkel, Schierstein, Landstr. 6. Sprechst.: 9-8, Sonntags 10-12 Uhr.

Lg.-Schwalbach 'Quisisana' 3 Parkstrasse 3. Vorzügl. Verpflegung. Mäßige Preise.

Brennholz. 1-2 m lg. in Buchen, Eichen, Nadel. in Waggonladungen nach Bahngewicht abzugeben.

Guterhaltenes Piano gesucht. geg. bar. Westl. Zuschrift mit Preis erbeten an Haus, Berberstr. 10, S. Händler ausgeschlossen.

1 Waggon la amerik. Salami (Dauerwurst) angekommen, engros und detail abzugeben. Gerson Strauss, Mainz, Betzelgasse.

Vortrag

Sonntag und Mittwoch, 8 Uhr, im Saal am Kaiser-Friedrichbad 6, Ausgang Adlerstraße: Die letzten 2500 Jahre Weltgeschichte in der Bibel prophezeit.

Schuhwaren

In Rindleder sind große Posten eingetroffen, für Herren, Damen, Knaben und Mädchen. Bleich-Schuhhaus Kuhn, Wellritzstraße 11.

Gebrauchte guterhaltene Schreibmaschinen

zu kaufen gesucht. Schriftliche Offerten nebst Schriftproben an Export- und Import-Gesellschaft Alfred Clouth & Co., Rathausstr. 10.

Handkarren

Gebrauchter, gut erhaltener zu kaufen gesucht. Société Coloniale d'Importation Herderstraße 35.

Großes Preiskegeln

findet am Sonntag, den 13. Juli 1919, im Restaurant 'Teutonia', Bleichstraße 30, statt. 10 wertvolle Preise. Anfang 10 Uhr vormittags.

Doppelhaare

echt. Haar (große) St. 2,15. Friseur Ripfel, Rikolasstr. 8.

Dele und Fette

Maschinenöle, Antioil, Ionisil, Fett, Zentrifugend., Patentfend., la Raubbindendes, Fußbodenöl, Fußbodenlack, Cellarben, Eisen-Antirutschf., Lederöl, Lederfett, Wagenfett, Bus- u. Heilfette, la Frieden-, Sarsolinum, la Glasertit, alles in pr. Qualität. A. Klapper, Chem. Produkte, die u. Zeit in gros, Scharnhorststr. 24. Beste u. billige Beugquelle für Wiederverkäufer. Teleph. 3749.

Lebensmittelverteilung.

1. Warenausgabe.

a) Allgemeine Verteilung:

Auf die vom 14. bis 20. Juli 1919 gültigen Wochenfelder (Nr. 29) der Lebensmittelkarten werden verteilt:

- 100 g Margarine... zum Preise von 50 Pf. je 100 g
500 g Zucker... 59 Pf. je Pfd.
125 g Haferflocken... 76 Pf. je Pfd.
125 g Graupen... 46 Pf. je Pfd.
250 g Linsen... 250 Pf. je Pfd.
250 g lochfertige Suppen... 50 Pf. je Pfd.
250 g Marmelade... 140 Pf. je Pfd.

50 g Wurst gegen Abgabe der Fleischmarken 2-10 am Samstag vor- und nachmittags in den Metzgereien, deren Firmennamen mit den Anfangsbuchstaben A-G einschließl. beginnt.

2 Pfund Kartoffeln zum Preise von 30 Pf. je Pfd.

Als Ersatz für die ausfallenden Kartoffeln:
250 g Reis zum Preise von 220 Pf. je Pfd.
250 g Bohnen... 230 Pf. je Pfd.

b) Sonderverteilung:

1/10 Liter Del zum Preise von 14.50 M. je Liter.

Ferner für Kinder im 1. u. 2. Lebensjahre:
250 g Zucker zum Preise von 59 Pf. je Pfd.
250 g Rindergesamtmehl... 80 Pf. je Pfd.

von Donnerstag bis Samstag in den Milchverteilungsstellen gegen Vorzeigung der Milchkarte und des Haushaltsscheines.

c) Auf Befehl der französischen Behörde an die gesamte Einwohnerschaft:
200 g gefalzenes Schweinefleisch zum Preise von 6.20 M. je Pfd. gegen Abgabe von Fleischkarte 1.

2. Mitteilungen.

Zuckerhöchstpreise. Unter Abänderung des § 1 unserer Verordnung vom 5. Januar 1918 werden mit Wirkung vom 13. Juli d. J. ab folgende Kleinhandels- und Großhandelspreise für Zucker festgesetzt:

- Feinzucker... 59 Pf. je Pfd.
Würfelzucker... 60 " "
Weißer Sandzucker... 65 " "
Farbiger Sandzucker... 64 " "

Unsere entsprechenden Bekanntmachungen vom 3. November 1918 und 8. März 1919 werden gleichzeitig aufgehoben.
Wiesbaden, den 13. Juli 1919. F 336
Der Magistrat.

Beschaffung von Wohnungen

Die französische Behörde hat dem Magistrat aufgegeben, sofort je eine Liste einzureichen über

a) alle Wohnungen oder Villen, die von aktiven deutschen Offizieren oder Militärs in der Gegend von Wiesbaden oder deren Familien bewohnt werden.

b) alle Wohnungen (auch möblierte Zimmer), und zwar ohne Ausnahme, die a. St. frei sind, oder

c) alle Wohnungen im Sinne von b, die in Zukunft frei werden, fortlaufend zu melden.

Als aktiv im Sinne dieser Bekanntmachung gilt, wer bei Kriegsausbruch aktiv war.

Die geforderten Listen müssen enthalten:
1. Name, Beruf und Adresse des Mieters,
2. Name und Wohnort des Vermieters,
3. Lage der Wohnung (Straße, Stockwerk), Zahl der Räume und Zimmer, sowie Mietpreis und Dauer des a. St. aufgestellten Mietvertrages.

Die Vermieter werden aufgefordert, die Wohnungen zu Gruppe a und b an den städtischen Wohnungs-nachweis, Friedrichstraße 19, Zimmer 2, bis Donnerstag, den 17. Juli d. J., mittags 12 Uhr, unter Vorzeigung der dem städtischen Wohnungs-nachweis zu erhaltenden Bescheinigung zu übermitteln.

Bei Unkenntnis oder Verhinderung des Vermieters hat der Stellvertreter (Hausmeister und dergl.) der der Anhalter der Wohnung die tatsächliche Wohn-situation an den städtischen Wohnungs-nachweis zu melden. Dasselbe werden auch mündliche Erklärungen der zur Anmeldung Verpflichteten entgegengenommen.

An gleicher Weise sind hinsichtlich aller frei werdenden Wohnungen und möblierte Zimmer, ohne Ausnahme, sobald nach Aufständigung des Mieters der Wohnungs-nachweis dem städtischen Wohnungs-nachweis zu melden (Gruppe c).

Wiesbaden, den 9. Juli 1919. F 336
Der Magistrat.

Die Ferienspaziergänge für Schulkinder

Kristall-Palast

Bekanntmachung.

Die von der Direktion ausgegebenen Ehrenkarten haben mit dem heutigen Tage ihre Gültigkeit verloren.

Neue Ehrenkarten sind bei der Direktion zu haben, auch werden solche auf telephonischen Auftrag auf Wunsch per Post gratis zugesandt.

Die Direktion.

Am Sonntag, den 13. Juli, sind von mittags 12 Uhr ab nur folgende Wiesbadener Apotheken geöffnet: Blücher-Apothek, Dohmerer Straße 83, Frauen-Apothek, Gerichtsstraße 9, Oranien-Apothek, Langenstraße 57, und Schilling-Apothek, Langenstraße 11. Diese Apotheken werden auch den Nachmittagsdienst vom 13. Juli bis einsch. 19. Juli, von abends 7 bis morgens 8 Uhr.

Große Mobiliar-Versteigerung

Montag, den 14. Juli u. Dienstag, 15. Juli 1919, vormittags 9 Uhr beginnend, versteigere ich öffentlich freiwillig das gesamte Inventar des altbekannten und jetzt verkauften

Hotels Ehrhard, Rheinstraße 16, dahier bestehend in:

20 vollständig kompletten Zimmereinrichtungen als: Betten, Waschkommoden mit Marmorplatten, Sofas, Chaiselongues, Nachtschränke, Kleiderschränke, Spiegel, Teppiche, Bettvorlagen, 1 großer Gangläufer, 23 m lang, Stühle, eine Partie echte leinene Bettlaken, Bettbezüge, Servietten, eine große Partie silberne Platten, Löffel, Gabeln, Messer, silberne Kaffeekannen, Milchkannen, silberne Frühstückler, Porzellan, Tische ca. 40 Stühle, elektrische Lampen, 2 große Vasen, 1 Spiegel, (Kristallglas mit Goldrahmen), ca. 3,75 m groß und 1,30 m breit, Gartenstühle und -Tische, 1 Büroeinrichtung: großer Schreibtisch, Tisch, Stillettenschrank, Schreibtisch, Hotelfächereinrichtung, insbesondere 1 großer Küchenherd mit Heißwasservorrichtung (System Klappertisch), eine große ovale Kelterbütte zu 1 1/2 Stück haltend, 20 neue Efeuflasen, noch neu, besonders für Gärtner geeignet, und verschiedenes mehr.

Sämtliche Gegenstände sind sehr gut erhalten, teils fast neu. Die Betten (Kopfhaarmatratzen und Sprung-matratzen) und Schränke sind zum größten Teil aus Eichenholz.

Besichtigung am Samstag, den 12. Juli 1919 und 1 Stunde vor Beginn der Versteigerung.

Rüdeshelm a. Rh., den 5. Juli 1919. F 339
J. Heinz, Auktionator.
Telephon 187.

Bekanntmachung.

Zufolge Auftrags des Amtsgerichts, Abteil. 3, zu Wiesbaden vom 28. Juni 1919 werden

Montag, den 21. Juli d. Js., nachmittags 4 Uhr,

die nachbeschriebenen, dem Rechtsanwalt Wilhelm Wolff und der Witwe des Hauptmanns Hans Schumacher, Nilsa, geb. Wolff, beide zu Wiesbaden wohnhaft, im Grundbuch von Dieblich zugehörigen Grundstücke, als

Band 40, Blatt 727.
Ifd. Nr. 1, Kartentbl. 52, Parz. 70/52, Bootshaus mit Hofraum, Rheinstr. 5, 3 Ar 47 Qm. gr., Band 40, Blatt 743.

Ifd. Nr. 1, Kartentbl. 30, Parz. 178, Ader Freifeld 2. Gew., 15 Ar 78 Qm. groß, zwischen Georg Reich 2. u. folgender Parzelle,

Ifd. Nr. 2, Kartentbl. 30, Parz. 179, Ader Freifeld 2. Gew., 19 Ar 31 Qm. groß, zwischen voriger Parz. u. Christ. Hoch Schneider,

Ifd. Nr. 3, Kartentbl. 19, Parz. 29, Ader Kohl 1. Gewann, 19 Ar 28 Qm. groß, zwisch. Gebr. Martin u. Wilhelm Stemmler Bwe.,

Ifd. Nr. 4, Kartentbl. 7, Parz. 2, Ader Gräselberg 3. Gew., 9 Ar 78 Qm. groß, zwisch. Fris. Hof u. Theod. Freidenbach,

Ifd. Nr. 5, Kartentbl. 15, Parz. 69a, Wiese Futterwiese, 5 Ar 13 Qm. groß, zwischen einem Weg, dem Bach und dem Mühlgraben,

Ifd. Nr. 6, Kartentbl. 16, Parz. 180/12, Wiese Lohwiese 1. Gew., 5 Ar 57 Qm. groß, zw. Ludw. Kromann u. Gg. Schreiner Bwe.,

Ifd. Nr. 7, Kartentbl. 26, Parz. 110, Ader Fuchslade 1. Gew., 17 Ar 51 Qm. groß, zwischen Domäne und Maurus Ved,

Ifd. Nr. 8, Kartentbl. 36, Parz. 186, Ader Armentshfeld 4. Gew., 8 Ar 49 Qm. groß, zwischen Josef Schedel und Friedr. Stritter 6,

Ifd. Nr. 9, Kartentbl. 36, Parz. 209, Ader Oberfels 1. Gew., 2 Ar 87 Qm. groß, zwisch. Joh. Schmidt und Joh. Kaumann u. f. Parz.,

Ifd. Nr. 13, Kartentbl. 36, Parz. 210, Ader Oberfels 1. Gew., 6 Ar 82 Qm., zwischen voriger Parzelle und Heint. u. Elise Boll,

Ifd. Nr. 10, Kartentbl. 2, Parz. 281, Ader Reusfeld 4. Gew., 7 Ar 63 Qm. groß, zwischen Joh. Gg. Schreiner Bwe. und Wilhelm Schmidt,

Ifd. Nr. 11, Kartentbl. 6, Parz. 8, Ader Melchiorstüd 6. Gew., 6 Ar 37 Qm. groß, zw. Wilhelm Witte und Heint. Meber,

Ifd. Nr. 12, Kartentbl. 22, Parz. 152, Ader Rainger Straße 1. Gew., 6 Ar 33 Qm. groß, zw. Wilhelm Stritter 2. und Fris. Kaiser,

Ifd. Nr. 14, Kartentbl. 2, Parz. 209, Ader Reusfeld 3. Gew., 7 Ar 86 Qm. groß, zwischen Georg Karl Jaf. Stritter und Heinrich Karl Kaiser,

Ifd. Nr. 15, Kartentbl. 35, Parz. 114, Ader Kleinboden 5. Gew., 22 Ar 27 Qm. groß, zwischen Heint. Ludw. Dammes und Joh. Hof,

Ifd. Nr. 16, Kartentbl. 35, Parz. 137, Ader Kleinboden 4. Gew., 15 Ar 89 Qm. groß, zwischen Georg Schneider und Moritz Marx, Band 42, Blatt 772:
Ifd. Nr. 1, Kartentbl. 52, Parz. 82/46 u., Wohnhaus mit Hofraum, Rheinstraße 19, 3 Ar 26 Qm. groß, Band 42, Blatt 773:
Ifd. Nr. 1, Kartentbl. 54, Parz. 48, a) Vorderhaus, Gehaus mit Hofraum, b) Seitend. rechts, c) Seitenbau links, Rainger Straße 11, 5 Ar 74 Qm. groß, im Rathaus dahier, Zimmer 30, Stadtverordneten-saal, öffentlich freiwillig versteigert.
Die Versteigerungsbedingungen liegen im Büro des Amtsgerichts, Rathaus, Zimmer 23/24, zur Einsicht offen, woselbst auch Auskunft über die Lage der einzelnen Grundstücke erteilt wird. F 232
Dieblich, den 8. Juli 1919.
Das Amtsgericht: Laug, Vorsitzender.

Statt Karfen.

Meine Verlobung mit Frau Marie Brockelmann geb. Heim

Witwe des im August 1914 gefallenen Hauptmanns Rich. Brockelmann beehre ich mich anzudeuten.

Gustav Becker
Ingenieur und Leutnant d. Res. a. D.
Deuben (Bez. Halle).
Wiesbaden. Bad Kösen.
Juli 1919.

Schweizerstumpfen

feine Kopfzigarren, Brasil, Mexiko, Sumatra, Maryland und Orientalische Zigaretten, sowie vorzüglicher Pfeifentabak liefert sofort jede bis größte Quantität zu sehr vorteilhaften Preisen. — Draht- und Eisenwaren erbeten
Heinr. Joerster, Zigarren-Import u. Export an Bern (Schweiz).
Telegr.-Adr.: Joerstertabak Bern (Schweiz). F 399

Photogr. Apparate

in Reiz u. Größe, Prismen-Gläser, u. Motore, Dynamos, große Kinos lauft zu hohen Preisen
Zimmermann, Webergasse 25. Tel. 3253.

Geigen, Cellos, auch defekte,

sowie Mandolinen, Gitarren, bessere Grammophone und Platten lauft höchstzahlend
Tel. 3253. Zimmermann, Webergasse 25. Tel. 3253.

Hefe

garantiert lange haltbar, nicht weich noch schwarz werdend.
Hefe-Vertrieb
Krau Valth. Steinbrecher, Mainz, Gärtnerstraße 30, 1. Stod. Nähe Hauptb.

Läufer-Stoffe

für Zimmer- u. Treppenbelag neu eingetroffen.
Hermann Stenzel, Tapetenhandlung, Schulstraße 6.

Buntglas-papiere

zum Bekleben von Glas-scheiben neu eingetroffen.
Hermann Stenzel, Tapetenhandlung, Schulstraße 6.

Zelluloid-Spangen

repariert nach erstklassigem Verfahren
Damenfrisier Haidach, Reichstraße 29, 1.

H. Steimel

Oranienstr. 34.
nimmt noch Kunden an.
Hr. Thiel, Reichstr. 7, Koblenz u. Sohlhandlung, nimmt noch Kunden an Reichstraße 7 auf meiner Weiche, von morg. 8 bis abends 6 Uhr.

Tabak

Grob- u. Feinschnitt, eingetroffen. 851
G. M. Rösch, 46 Webergasse 46.
Die sichersten Mittel gegen

Wanzen

u. alles andere Ungeziefer erhält man altbekannt nur bei Kammerjäger Schmitt, Helenestraße 11, 3.

Uchtung!

2 jg. raffiniert Reppinscher zu verl. Drudenstr. 8, 1. l.
Elegante Pelzgarnitur
billig zu verkaufen Emser Straße 17, 6th.

Neuzgarnitur

zu verkaufen Bahnhofsstraße 20, 2.
Batist-, Bolle-Keste für Klusen verkauft G. Reich, Rheinstraße 21, Part.
Billiges Angebot!
Reisiger bauer Stoff für Anzug, auch für Mäntel geeignet, für 325 M. zu verl. einzeln. Zutaten u. Arbeitslohn, bei R. Breuch, Herrenschneider, Kömerberg 5.

Großer verbleibbarer Futterkasten

billig abzugeben. Steinbühl, Dellmündstraße 82.

Berber Teppich

2 Präden aus Privatband gegen hohen Preis zu kaufen gesucht.

Wagmann Saalgasse 26.

Grammophon mit Pl. Sabeln und ein Schularanzen zu kaufen gesucht. Dartma, Dieblich a. Rh. Wiesbadener Str. 104.

1 Speisezimmer 1 Schlafzimmer

2 Teppiche, 1 Klavier aus Privatband gegen hohen Preis zu kaufen gesucht. Schriftliche Off. Fraulein Schäfer, Blücherstraße 6, 1.

Möbel aller Art

kauft zu hohen Preisen Frau Luise Reiser, Dellmündstraße 53, B. 1.

Sofa-Nachtische

Mattas, Deckbett, Kissen zu kaufen gesucht. A. Graubner, Adlerstr. 3. Mittelgroßer

Rassenschrant

zu kaufen gesucht. Zuschritt unter U. 343 Tagbl.-Berl.
Stidereimuster
f. Konjekt. u. Sandarb. w. entworfen u. aufgebaut.
Reiniger Str. 14, 3.

Für 1 Pferd mit Federrolle

wird für halbe, auch ganze Lage Beschäftigt. acicut. Graf. Reichstraße 19, B. Telefon 2603.

2-3-Zimmer-Wohnung

sucht kinderl. Ebeapar in autem Hause, auch Bor-ort. Off. mit Preis unter G. 338 Tagbl.-Berl.

Auto-Garage

für 2 Wagen in der Nähe d. Kaiser-Friedrich-Kinas, Adolfsallee oder Dieblich. Strahe, per sof. acicut. Offerten unter G. 94 an den Tagbl.-Berl.

Pol. Schlafz., Wohnz.,

Kücheneinr. aut erh. bill. A. Graubner, Adlerstr. 3.
Verschiedene
Schlafzimmer
mit Marmor u. Nohhaar-matr., dunk. Eich.-Spei-erzimmer, fast neuer Salon mit Embena-Teppich, eine kompl. Küchen-Einrichtung zu verl. Albert Holzsch, Oranienstr. 12, Tel. 3647.

Neue Chaiselongue

schönes Bett mit Aufsatz u. fast neuer Stuhl. Matr. für erwachs. Kind 75 M. zu verkaufen bei Peter, Hermannstraße 17, 3.
Küchen- u. Schlafzimmer-Einrichtungen.
Twan, Chaiselonga Tep-piche, Einzelmöbel all. Art stets billig. Schreineri Klapper, Friedrichstr. 55.

Drehbank

mittelschw., billig zu verl. oder gegen leichte zu ver-tauschen Michelsberg 28, 3 St. Blumer. Tel. 8734.

Gasherde

sof. bill. zu verl. Messer, Dellmündstraße 53, B. 1. Reflektor (45 x 48), 6 Brenner für Gängegas. Pomer. Widmards. 44, 3. Gut erh. Gaslampen zu verl. Wobli, Elbiller Straße 3, 1 St. links.

Uhren

renn auch defekt. Wer-tswae. Gläser, Armaturen, von ausgewehenen Uhren-Gesicht, a. von Privaten zu kaufen gesucht. Off. u. S. 337 an den Tagbl.-Bl.



KRAFT WAGEN

PERSONEN WAGEN LAST- u. LIEFER WAGEN LASTZÜGE OMNIBUSSE

FAHRZEUG-FABRIK EISENACH

General-Vertretung: August Ulrich, Frankfurt/Main, Elbestraße 19.
Fernsprecher Hansa 6415 Frankfurt a. M. F 18

Pelze

in allen Preislagen.
Umarbeitungen von Pelzen aller Art
sowie Reparaturen und Neuanfertigungen unter
billigster Berechnung während der Sommermonate.

Pelzhaus und Kürschnerel
Ad. Schiffer, Langgasse 1
(vorm. H. Stern Wwe., Michelsberg 28).

Für die Einkochzeit!

Einkochapparate
verzinkt und emailliert,
Einkochgläser
mit Deckel und Gummi,
Spargelgläser
Einmachhafen
zum Zubinden,
Steinzeugtöpfe
braun und grau glasiert.

Blumenthal.

K98

Rheinische Tintenfabrik Ferger & Co.
Waldstraße 49 WIESBADEN Fernspr. 1898
stellt in bester Qualität her:

"Taunus" Tinte

Schreib
Kopier
Farbige
Füllfeder
Hotel
Hektographen

Stempelfarbe — Stempelkissen
Waschblau — Tusche
Büroleim — Kleister
„Kital“ in Tuben leimt, klebt und kittet alles.

Großer Posten
Automobil-Bereifung
eingetroffen.
Jedes Quantum sofort greifbar.
Automobil-Centrale
Bahnhofstraße 20. Tel. 6161, 6162.

Korsetten.

Aus zugegebenen Stoffen fertige alle Arten Korsetten
mit prima Zutaten (Friedensware) im eigenen Atelier.

Carl Goldstein,
Webergasse 18. 641

**Tannenbretter, Latten, Stangen,
Buchenschnittmaterial und
Parlettböden**
Liefert W. Gail Wwe., Büro Wiesbaden.
Telephon Nr. 84. 891

Annoncen-Expedition
Anzeigen - Aufn.
in all. Zeitungen.
D. Wiesbaden

Export- und Import-Gesellschaft

Alfred Clouth & Co.

Wiesbaden

Rathausstrasse 10.
Telegramm-Adresse: Eximport Wiesbaden. Telephon Nr. 4096.
Bankkonto: Mitteldeutsche Creditbank Wiesbaden.

Ein- und Ausfuhr

von
Lebensmitteln, Weinen, Spirituosen, Futtermitteln,
Textilwaren, Gummiwaren, Rohgummi, Holz, roh und
verarbeitet, pharmazeutischen Präparaten, Artikeln
für die Krankenpflege, Verbandmaterial, Rohtabak
und dessen Fertigfabrikaten, Leder, Apparaten der
optischen Industrie, Chemikalien, Schwer- und Leicht-
ölen, Maschinen aller Industrien, Stahlwaren, Cellulose,
Papier und allen Gegenständen des täg-
lichen Bedarfes.

Vorzügl. Referenzen. Vorzügl. Verbindungen.

Korrespondenz in Deutsch, Französisch, Englisch,
Italienisch, Russisch, Spanisch und Skandinavisch.
Auskunft wird jederzeit bereitwilligst erteilt.

Leistungsfähige solvente **Vertreter** an allen Plätzen
gesucht.

Prima Kernseife 72° / 0

**Billigste Bezugsquelle
für Wiederverkäufer**
Seifenfabrik Gustav Erkel
Langgasse 17. Telephon 91.

Konserven-

**Gläser und -Krüge
Einkochapparate
Einkochtöpfe
Gummiringe**
in großer Auswahl. 900

M. Frorath Nachf.
Kirchgasse 24
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

Unreine Haut.

Mahokrem gebraucht man mit bestem
Erfolg gegen unreine Haut und Sommer-
sprossen. Mahokrem fettet nicht und
macht die Haut sammetweich. 890

Alleinverkauf: **Schützenhof-Apotheke, Langgasse 11.**

Goldene und silberne Uhren,
Brillanten, sowie altes Gold und
Silber kauft zu realen
Preisen

M. Heine, Uhrmacher, Wellstr. 4

Zigaretten

Riesenposten.
Für Wiederverkäufer Ermässigung.
Verzollt und versteuert.

E. Naumann
Rheinstraße 29. Telephon 512.

Bei Erneuerung der Brennstoff-Räume
empfehle ich mich zur Lieferung sämtl. Sorten

Kohlen

Koks u. Brennholz.
Kohlen-Konsum „Glückauf“
Carl Ernst
Am Römertor 2.

la Buchen-Retortenholzfohlen

zu Hühnerweiden, garantiert rauch- u. geruchlos,
per Str. 24 Mk., à Pfd. 30 Pf.

Prima Buchenweitholz

ohne jede Beimischung,
per Str. 6 Mk. frei Keller, offenfertig u. gespalten.

400 Str. Britettsgrus

markenfrei,
per Str. ab Lager 1.50 Mk., frei Keller 2.— Mk.

Ferner bringe ich meine Firma bei Aufgabe
neuen

Kohlentarten

zur Lieferung aller Sorten
**Kohlen, Koks, Britetts und
Anthrazit**
in empfehlende Erinnerung.

Adolf Nemnich
Kohlenhandlung
Hermannstraße 16. Telephon 1578.

Staubbindendes
Fußbodenöl
per Liter 8.20. Bei Mehrabnahme billiger.

Spielmann Nachf., Hch. Ambach,
Scharnhorststraße 12. Telephon 40.

Engl. Kernseife

Doppelstück Mk. 3.50, b. mehr Rabatt

Drogerie Lilie, Moritzstr. 12